

oder bei der Kirche hatte. Die Einbeziehung von West-Medien lehnten sowohl ich als auch unser Friedensseminar ab.

„Zivilcourage – zuviel Courage“ oder „Die Marder sind unter uns“? In meiner rund 2.500 Seiten zählenden Stasi-Akte wurde ich als Operativer Vorgang „Marder“ geführt. Im Eröffnungsbericht heißt es,

„daß der Verdächtige bestrebt ist, die für die kapitalistischen Verhältnisse entwickelte Kampfesform des gewaltlosen Widerstandes auf die sozialistischen Verhältnisse in der DDR zu übertragen und eine Bürgerrechtsbewegung ins Leben zu rufen.“

Was aber dann folgt auf meine Versuche, innerhalb und außerhalb der Strukturen etwas zu bewegen in dieser Gesellschaft, ist ein permanentes bewußtes Mißverstehen, Mißverstehen im doppelt negativen Sinn: Mißverstehen nicht nur zum Nachteil des Mißverstandenen, sondern auch zum Nachteil des Mißverstehenden. Ein solches System hat sich selbst zum Scheitern verurteilt.

Aber für mich wäre der Rückzug in die Nische oder der Gang nach dem Westen nichts gewesen. Das politische Engagement hat viel Zeit, Kraft und Gesundheit erfordert. Aber ich bzw. wir haben uns in der DDR mehr Freiheit genommen, als uns zugeteilt wurde. Und wir haben dabei Solidarität, Liebe und Glück, Hoffnung und Bewahrung erlebt. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank auch Ihnen, Herr Meusel.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit sollten wir die Fragerunde einleiten. Aufgrund dessen, daß die Anhörung darauf angelegt war, den einzelnen hier die Möglichkeit zu geben, über ihr Schicksal zu berichten, müssen freilich die Fragen etwas in den Hintergrund treten. Bei der Worterteilung gehe ich in der Reihenfolge der Wortmeldung vor. Erster ist Markus Meckel.

Abg. Meckel (SPD): Die erste Frage an den Referenten des Morgens: Wir haben an konkreten Beispielen sehr eindrücklich gehört, wie sich eine ganze Reihe von Menschen der Anwerbung als Informelle Mitarbeiter verweigert haben. Das fand ich sehr beeindruckend. Kann man dies oder ähnliches nach Ihrer Einschätzung auf andere Ebenen der Verweigerung übertragen, das heißt, also in die Schule, in die Hochschule, ins Berufsleben? Gibt es dafür auch Beispiele, die Sie natürlich jetzt nicht alle darstellen konnten, in den Akten, die Sie mit auswerten und zur Verfügung haben?

Die zweite Frage geht an Michael Beleites und bezieht sich insbesondere auf den letzten Teil, der weniger seine Arbeit damals, die schon einmal dargestellt worden ist, sondern die Frage der Rehabilitierung wegen beruflicher Benachteiligung betrifft. Könntest Du die Frage der Möglichkeiten eines Studiums und das, was Du hier für notwendig erachtest, vielleicht doch noch einmal kurz inhaltlich benennen?

Die dritte Frage geht an Herrn Georg Meusel. Ich finde es natürlich ungeheuer beachtlich, wenn jemand, dessen Name in der ganzen DDR bekannt war, nicht von dem redet, für das er bekannt ist, das heißt von dem Friedensseminar, das er wesentlich mit angeschoben und dann geprägt hat, sondern die anderen Dinge erzählt. Ich möchte deshalb doch noch ein paar Fragen zu dem Friedensseminar stellen, was inhaltlich überleitet in das, was am Nachmittag geschieht. Einmal: Wie wurden Einladungen für die Friedensseminare vergeben? Wie fing das an, und wie entwickelte sich das, das heißt, wer war der Einladungskreis, und wie hat man das technisch gemacht? Wer bereitete diese Seminare vor? Wie verhielt sich die Bevölkerung im Dorf selbst, und wie entwickelte sich das innerhalb dieses langen Zeitraumes? Wie reagierte die Kirchenleitung am Anfang und nach fünf Jahren? Welche Art von Behinderung der Staatssicherheit über das hinaus, was jetzt schon dargestellt worden ist, hat man damals erlebt? Und gibt es durch die Akteneinsicht neue Erkenntnisse?

Letzte Frage an Frau Bartl: Sie erwähnten beiläufig den Bezug zu den „Ärzten für den Frieden“ in Halle. Hatten Sie dazu Kontakt? Und, wenn ja, wie sehen Sie die Art der Strukturierung gerade auch in den Konflikten, die sich ja schon in dem offiziellen IPPNW andeuteten? Wie hat sich das entwickelt? Ich finde es wichtig, daß wir auch überleitend in das, was heute nachmittag Thema ist, davon noch einiges hören, denn das würde sonst verlorengehen.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank für die Fragen. Durch den ersten Fragenden sind jetzt schon vier Personen angesprochen. Damit der dritte Teil auch ein bißchen lebt, würde ich vorschlagen, wir gehen unmittelbar in die Fragenbeantwortung hinein. Bitte, Herr Schmidt.

Andreas Schmidt: Herr Meckel, ich möchte auf Ihre Frage so antworten: Ich hatte bereits eingangs erwähnt, daß ich mich aus einem sehr speziellen Grund entschlossen habe, diese Herangehensweise zu wählen, um Formen der aktiven Verweigerung anhand von Beispielen darzustellen, nämlich anhand von Situationen, in die man sich im nachhinein noch einmal hineinversetzen kann, wo Menschen wirklich unter ziemlich hohem Druck standen und sich selbst eine Entscheidung abfordern mußten. Die Voraussetzung dafür, diese Herangehensweise zu wählen, war, daß ich mich seit vier Jahren mit diesen Dokumenten befasse. Aber es gibt noch einen anderen Grund. Ich habe in meiner eigenen Biographie einen längerfristigen Anwerbungsprozeß hinter mich gebracht. Ich studierte an der Universität in Rostock Sonderschulpädagogik. In der Phase, als ich zwischenzeitlich exmatrikuliert worden war, versuchte man mich zu werben. Ich habe damals ganz klar abgelehnt.

Nun meine ich, daß die nachfolgenden Äußerungen, gerade die lebendigen Ausführungen von Frau Bartl, die ich jetzt einmal aufgreifen möchte, auf die Thematik „Widerständiges Verhalten“ direkt eingegangen sind. Aber ich kann ganz klar den Bezug zu meinen Ausführungen herstellen, weil die

Menschen, die sich in diesen Anwerbungsphasen befanden und abgelehnt haben, möglicherweise die gleichen gewesen sind, die dann ihr Leben an den unterschiedlichsten Wirkungsstätten gelebt haben, ob es an der Schule, an der Universität oder in anderen Bereichen, auch in Betrieben, war. Deshalb möchte ich noch einmal sagen, daß für das Kürzel MfS im Sinne dessen, was ich thematisiert habe, auch Schule, Universität usw. stehen können.

Vielleicht noch einige konkrete Ausführungen dazu: Ich habe mein Studium dann doch beendet und bin nach Gera an eine Sonderschule gekommen. Ich bin dort im Frühjahr 1989 fristlos entlassen worden, was für einen Lehrer, der ich war, Berufsverbot bedeutete. Das geschah nach sehr langwierigen Auseinandersetzungen, die ich zunächst mit der Schulleitung, später mit dem Kreisschulrat zu inhaltlichen Fragen der Schulbildung geführt habe. Sie spitzten sich in dem Maße zu, daß ich dann verbannt wurde, weil ich dem Idealbild einer sozialistischen Lehrerpersönlichkeit nicht entsprach. Das als ganz konkrete biographischer Einwurf von mir. Ich könnte das auch fortsetzen anhand der Erfahrungen, die ich in der Schule gesammelt habe, und ähnliche Situationen anführen, wie sie Frau Bartl schon geschildert hat.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank. Als nächster Herr Meusel, bitte.

Georg Meusel: Das Friedensseminar in Königswalde wurde 1973 ins Leben gerufen von überwiegend ehemaligen Bausoldaten, solchen, die gerade ihren Dienst leisteten, solchen, die es werden wollten, aber auch solchen, die schon den Wehrdienst verweigert hatten, bevor es die Baueinheiten überhaupt gab. Das waren am Anfang 26 oder 27 Teilnehmer und wuchs im Laufe der Zeit auf 600, die sich zweimal im Jahr zu Wochenendseminaren dort getroffen haben.

Die Einladungen gingen erst von Mund zu Mund, und dann haben wir Anwesenheitslisten geführt, von denen allerdings ab und zu einmal eine verschwand. Da mußte man höllisch aufpassen. Aufgrund dieser Anwesenheitslisten haben wir die Teilnehmer immer wieder angeschrieben und zu den nächsten Seminaren eingeladen. Wir hatten dann schon eine Adressenkartei von weit über 1.000 Leuten, weil es auch eine gewisse Fluktuation gab. Manchmal kamen auch einige dieser Einladungen nicht an.

Das Schärfste war, daß einmal ein großer Teil einen Brief bekam: „Liebe Freunde! Leider müssen wir das Frühjahrsseminar absagen. Es wird die Kirche renoviert, der Referent ist erkrankt und noch etwas ganz Schlimmes. Wir sehen uns dann im Oktober wieder. Schalom, Euer Hansjörg Weigel.“ Faksimile-Unterschrift, alles drunter. Dieser Brief ist von uns nie geschrieben und versandt worden. Es hat aber der Sache keinen großen Abbruch getan. Es riefen dann viele an und fragten: „Was ist denn los?“ Es war also so dick aufgetragen, daß das kaum jemand glaubte.

Die Arbeit ist dann, als es mehr wurden, durch einen Vorbereitungskreis

geleistet worden. Er hat sich bis heute nie Leitungskreis genannt. Er traf und trifft sich ein- bis zweimal im Monat. Die Kirchenleitung hat am Anfang überhaupt nicht mitgekriegt, was wir dort gemacht haben. Der Ortspfarrer hat mit der Sache sympathisiert. Später sind wir doch ganz gut gedeckt und unterstützt worden von der Sächsischen Landeskirche bis hin zu Bischof Hempel, der sich deutlich für uns eingesetzt hat, als Hansjörg Weigel inhaftiert worden war. Es ist dann auch erreicht worden, durch eine breite Solidarität seiner Arbeitskollegen, von Freunden, vom Friedensseminar und durch kirchliche Solidarität, daß er, obwohl rechtskräftig verurteilt, nach der Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt wurde. Wir hatten ausgetüftelt, daß das möglich ist, wenn das Arbeitskollektiv für einen, der zu Freiheitsstrafe verurteilt ist, bürgt. Und die Bürgschaft hat statt des Arbeitskollektivs der Bischof Hempel übernommen. Dabei konnten beide Seiten ihr Gesicht wahren. Er kam heraus, ohne daß er nach dem Westen mußte, und die Arbeit ging weiter im Seminar.

Behinderungen durch die Stasi gab es kaum. Das hat sich überwiegend auf Beobachtungen beschränkt. Einmal standen an allen Ortseingängen zu Königswalde schwerbewaffnete Kampfgruppenposten, aber das diente nur der Einschüchterung. Kurz vor Beginn des Friedensseminars wurden sie abgezogen.

Die Einwohner von Königswalde haben das sehr unterschiedlich aufgenommen. Es gab sehr viele Sympathisanten. Wir brauchten ja auch eine Menge Quartiere im Ort. Es haben sich viele von den etwa 400 Einwohnern dazu bereit erklärt. Das konnte für sie auch gefährlich sein. Manche haben sich dann auch gedrückt. Es gab wiederum aber auch einige fromme Kreise, die sich von der Arbeit distanzieren oder die einfach Angst hatten. Im großen und ganzen ist das aber eine Sache, die gewachsen ist. Es hat eine Zeit gebraucht. Am Anfang, als so halbverrückte Typen mit langen Haaren oder mit einem kleinen Hündchen auf dem Arm in die Kirche kamen, haben manche Zeter und Mordio geschrien. Aber wenn sie sich dann abends im Quartier mit denen unterhalten haben, merkten sie, das sind doch ganz nette Kerle.

Aus der Akteneinsicht gibt es neue Erkenntnisse insofern, daß in den letzten Jahren in den Vorbereitungskreis ein IM eingeschleust worden ist, der bis dahin lange Zeit in dieser Hinsicht sauber war.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Danke schön. Als nächster Herr Beleites.

Michael Beleites: Zur Frage von Markus Meckel zu den Folgen und den Studienmöglichkeiten heute: Das ist eigentlich ein Gegenstand des Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes gewesen bzw. des Entwurfs dazu. Es ging darum: Ich hatte gesagt, man muß eigentlich den Status des politisch Verfolgten einführen, um die Betroffenen oder Anspruchsberechtigten auch eingrenzen zu können, und man muß diejenigen, die mit einem operativen Vorgang

von der Staatssicherheit verfolgt wurden, die von Zersetzungsmaßnahmen, das heißt meist unsichtbaren Verfolgungsmaßnahmen wie Verhinderung von Berufsbildung oder Studium, betroffen waren, auf jeden Fall dazu zählen. Man kann nicht nur, wenn eine Ausbildung unterbrochen werden mußte, annehmen, daß das verfolgungsbedingt war, sondern man muß auch erkennen, daß es, wenn so ein operativer Vorgang, eine staatliche Verfolgung lief, zu der Ausbildung gar nicht erst kam, das heißt, daß sie gar nicht begonnen werden konnte und daß das berücksichtigt werden muß.

Es gibt in einigen Bundesländern, unabhängig von Rehabilitierungsfragen, die Möglichkeit – so in Berlin und Schleswig-Holstein –, ohne Abitur, ohne formelle Hochschulberechtigung ein Hochschulstudium aufzunehmen. Ich hatte gefordert, für Leute, die nachweisen können, daß sie zu dem Zeitpunkt, als sie sich für so etwas beworben haben, mit einem operativen Vorgang verfolgt wurden und deshalb keine Chance hatten, eine gleiche Regelung bundesweit einzuführen. Das ist abgelehnt worden. Da es gar kein Geld gekostet hätte, so etwa einzuführen, und der Ausschuß einerseits die Möglichkeit hatte, die Betroffenen einzugrenzen, andererseits die Notwendigkeit bestand, hier eine Regelung einzuführen, muß ich das als politische Absicht werten, den Willen der Stasi auch in die Zukunft hinein zu vollstrecken. Anders kann ich es nicht verstehen, daß an dieser Stelle den Verfolgten nicht entgegengekommen worden ist und daß man die Wegbereiter der Demokratisierung jetzt derartig vor den Kopf stößt. (Beifall)

Ich habe immer gesagt, es geht nicht um Abfindung oder Entschädigung, sondern es geht um eine zukunftsorientierte Hilfe für sie, und es geht darum, daß die Verzögerung, die verfolgungsbedingt eingetreten ist, nun aufgefangen und daß eine Gleichberechtigung der Verfolgten zumindest mit ihren Verfolgern erreicht wird. Und davon sind wir noch weit entfernt. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Danke. Dazu gibt es jetzt unmittelbar eine Zwischenfrage. Herr Hilsberg.

Abg. Hilsberg (SPD): Nur eine Bemerkung möchte ich machen zu Michael Beleites. Es ist uns gelungen, in das Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz eine Rehabilitierung einzufügen, die genau dein Problem behandelt und ein Studium ermöglicht, das im Falle von Diskriminierungsmaßnahmen bereits in der Schulzeit weit oberhalb der Altersgrenze beginnen kann. Das ist das allererste. Und alle anderen Diskriminierungsmaßnahmen, die politisch motiviert waren, sind genauso mit erfaßt.

(Michael Beleites: Aber nicht ohne Abitur!)

– Doch, genau das ist der Punkt, ohne Abitur, das heißt, das fällt in die Rehabilitierungsmaßnahme mit hinein. Es werden jetzt auch die rehabilitiert, die kein Abitur in der DDR machen durften. Das war in dem Entwurf des Gesetzes vorher nicht der Fall.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank für die Ergänzung.

Abg. Hansen (FDP): Hier noch ein Zwischenruf, weil so viele Beifall geklascht haben auch am Tisch der Enquete-Kommission zu dem, was Herr Beleites gesagt hat: Das ist in der Sache nicht richtig, jedenfalls nicht der letzte Stand der Dinge. Es ist im Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – und ich beziehe mich ausdrücklich auch auf Herrn Hilsberg – einer überfraktionellen Initiative gelungen, alle bisherigen Widerstände – insofern hatten Sie recht, Herr Beleites – zu überwinden und einen Artikel 2a, „Verfolgte Schüler“, in diesen Gesetzentwurf hineinzubringen, der am vergangenen Freitag im Bundestag verabschiedet worden ist und insofern im Sinne auch der Abgrenzbarkeit und der Abgrenzungsfähigkeit denen, die aus politischen Gründen kein Abitur machen konnten, die Möglichkeit eröffnet, in die BAFÖG-Berechtigung zu kommen, also mit BAFÖG-Unterstützung studieren zu können. Insofern, denke ich, ist eigentlich das Anliegen übergekommen, und das muß aus guten Gründen richtiggestellt werden.

(Beifall – **Michael Beleites:** Um so besser!)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Wir wollen aber an dieser Stelle keinen Dialog aufkommen lassen. Ich bedanke mich bei den beiden Kollegen aus der Kommission, die das noch ergänzt haben. Ich habe am Freitag voriger Woche selber zu dem Thema im Plenum gesprochen. Ich bin dankbar, daß ich jetzt meine Worte nicht wiederholen mußte, sondern daß das durch die Kollegen ergänzt worden ist. Aufgrund der Unterstützung, die die Problematik im Auditorium gefunden hat, ist es vielleicht sinnvoll, wenn wir beim Sekretariat der Kommission eine Liste hinterlegen, wo sich jeder einschreiben kann, der Interesse an dem Gesetz hat, so daß wir ihm das zuschicken können.

Aus der ersten Fragerunde von Markus Meckel ist noch eine Antwort offengeblieben. Ich möchte Sie, Frau Bartl, bitten.

Eva-Maria Bartl: Die Frage betraf den Halleschen „Ärztelkreis“. Darin war ich selbst seit Anfang der achtziger Jahre. Der „Ärztelkreis“ ist sozusagen über einen diplomatischen Coup Mitglied der IPPNW geworden. Die DDR hatte es so gemacht, daß IPPNW-Mitglieder nur die offiziell Benannten sein durften. Wir haben gewühlt und hintenherum über die holländische Sektion erreicht, daß Einzelmitgliedschaften möglich wurden. Da haben wir uns dann persönlich beworben und mußten auch alle entsprechend der Geschäftsordnung aufgenommen werden. Es gab immer wieder massive Spannungen zwischen einzelnen Mitgliedern und den sogenannten „Offiziellen“, weil die DDR versuchte, die Arbeit der IPPNW zu strukturieren nach Bezirkskomitees usw., was eben ein Spannungsfeld mit sich brachte. Die Spannung zwischen Führung Ost-West und Basis Ost-West hatte ich vorhin auch erwähnt.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank, auch für die kurze und knappe Beantwortung.

Der nächste ist Herr Weisskirchen.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): An alle, die antworten möchten, auf jeden Fall aber an Frau Bartl, weil sie es jetzt noch einmal erwähnt hat: Zur IPPNW oder, für die anderen, zu den Kontaktmöglichkeiten mit Basisbewegungen und der Reflexion dazu mit den sogenannten offiziellen Vertretern von den nicht in jedem Punkt staatlich zugeordneten Initiativen und Gruppen die Frage: Was für Möglichkeiten gab es da mit Blick auf Kontakte nach Westen, zu neuen, zu bestätigenden oder zu korrigierenden Erkenntnissen für die eigene Arbeit zu kommen? Gab es da Ermutigung, gab es Entmutigung? Und wie hat sich das für Sie selber dargestellt? War das für Sie brauchbar für Ihre eigene Entwicklung, für die Zivilcourage, oder gab es da auch Leute im Westen, die abgeraten haben?

Eva-Maria Bartl: Sie müssen bedenken, daß sich in der IPPNW West auch schon Ärzte zusammengefunden haben, die ein friedenspolitisches Denken bestimmter Couleur mitgebracht haben. Ich habe auch einige Ärzte getroffen, die davon enttäuscht waren, daß sich das Bild, das sie von der DDR hatten, nicht bestätigte. Wir mußten sie praktisch „trösten“, daß wir in dem Staat so gute Kommunisten nicht sein konnten. Ein belgischer Kollege, den wir nach Hause eingeladen hatten, hat immer wieder zu mir gesagt: „Du bist paranoid. Du bist zwar in diesem Fach tätig, aber ich muß dir das sagen: Du hast Wahnvorstellungen; es kann nicht sein, daß dein Telefon abgehört wird, es kann nicht sein, daß die Post kontrolliert wird.“ Sie haben es nicht geglaubt. (Zuruf: Nicht glauben wollen!) – Gut, sie haben es nicht glauben wollen.

Die ehemalige DDR-Sektion der IPPNW macht im Moment z. B. mit Eberhard Seidel, einem Internisten in Berlin, ein ganz gutes Papier, das er mir auch gerade geschickt hat, in dem die Entwicklung noch einmal dargestellt wird. Das ist aber seine Sache; dazu kann ich und will ich nicht viel sagen. Ich will nur noch einige persönliche Beispiele nennen: Ich bin einmal zu einem Symposium, an dem ich offiziell nicht teilnehmen durfte – es war in Weimar und hieß „Medizin im Faschismus“ –, das mich brennend interessiert hat, auch wegen der Generationsfrage, gefahren. Ich war offiziell angemeldet, bekam aber, wie andere auch, Bescheid: „Es ist längst voll, Sie können da nicht hinfahren.“ Ich bin natürlich trotzdem hingefahren, irgendwie auch hineingekommen und habe dort in der Diskussionsrunde erlebt – einer Diskussionsrunde mit Rednerliste, so ähnlich wie hier –, daß ich nicht auf die Rednerliste kam. Ich habe mich gemeldet und gemeldet und kam nicht dran. Es war eine holländische Kollegin neben mir, eine alte Dame, die mir viel erzählt hat von Holland und den Deutschen zu dieser Zeit. Das war für mich sehr interessant; es war auch das, was ich gesucht hatte, eine solche Gesprächsqualität. Sie sagte immer: „Du gehst jetzt einfach vor, du machst

das; wir ignorieren hier die ganze Demokratie.“ „Das kann ich doch nicht machen.“ Dann stand ein westdeutscher Kollege auf, der nach der Rednerliste dran war, einer von der Basis – das sah man –, der sagte, ihm reiche es jetzt, er verzichte auf sein Wort, und er möchte, daß die Kollegin spreche. Ich bin vorgegangen, und es war ein Riesenapplaus. Aber es waren auch nur kleine Dinge; was konnte ich denn schon sagen? Nur, daß es uns auch gibt, daß wir an der Basis sind und auch arbeiten. So ein Riesenaufwand und so ein Riesenapplaus für so ein bißchen, das alles war unverhältnismäßig. Aber es war ein Beispiel für Solidarität.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Danke schön, Herr Faulenbach, bitte.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Keine Frage: Was führte eigentlich zur Verweigerung? Wir haben jetzt eine Fülle von Beispielen gehört, die sich kaum in ein einfaches Schema bringen lassen. Es gab eine Vielfalt von Motiven. Ich will von einer bestimmten Seite her fragen. Die Verweigerung konnte sich offenbar auf ganz verschiedene Anforderungen des Systems beziehen. War es eigentlich nur ein gradueller Unterschied, ob man sich der Stasi verweigerte, der SED verweigerte, dem FDGB verweigerte usw.? Frau Bartl hat ihre Verweigerung auf den FDGB bezogen. Ist es tatsächlich so, daß man keine wesentlichen Unterschiede machte zwischen den verschiedenen Teilen des Systems, daß die Stasi vielleicht das war, was am stärksten Verweigerung motivierte, daß es aber genauso auch andere Institutionen gab, die eine ähnliche Verweigerungshaltung nahelegten, so daß wir nur graduelle Unterschiede zwischen der Ablehnung bestimmter Teile, die alle zum System zu rechnen waren, festzustellen hätten, was Aussagen über das System und bestimmte Institutionen wie die Stasi innerhalb des Systems aus oppositioneller Perspektive implizieren würde?

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Ich denke, das Anliegen ist verstanden worden. Alle aus der Runde, die auf diese Frage noch antworten möchten, haben die Gelegenheit, das in einer Schlußrunde zu tun. Beginnen wir mit Herrn Schmidt.

Andreas Schmidt: Ich möchte das Wort „graduell“ aus Ihrer Fragestellung nicht so aufnehmen und nicht darauf eingehen. Ich wollte vorhin zum Ausdruck bringen, daß im Grunde genommen derjenige – ich beziehe mich jetzt auf meinen Vortrag –, der die Situation für sich selber gemeistert und widerstanden hat in der Auseinandersetzung, in der Anforderung, die das MfS an ihn gestellt hat, nämlich ihn werben zu wollen, gestärkt aus dieser Situation herausgegangen ist. Ich will das einmal so ganz trivial sagen. Ich meine, daß viele Menschen diese prinzipielle Verhaltensweise, sich immer dann zu verweigern, wenn sie vor ähnliche Situationen gestellt waren in ihrem Bereich – mein Bereich waren Volksbildung, Schule und Universität, die ich intensiv erlebt habe –, an den Tag legen konnten und das in der Mehrzahl der

Fälle so gemacht haben. Dazu gehört meines Erachtens auch immer wieder das Motiv, sich nicht irgendwo einpressen lassen zu wollen. Gerade nicht in den FDGB zu gehen ist dann ein Beleg dafür, das verhindern zu wollen, genauso wie ich mich in der Volksbildung habe dafür entscheiden können, am sogenannten Parteilehrjahr nicht teilzunehmen.

Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich möchte noch zwei Bemerkungen machen. Erstens: Ich glaube, bei widerständigem Verhalten ist immer ganz wichtig, daß man nach dem Ort fragt, wo sich widerständiges Verhalten vollzieht. Ein Beispiel, um Ihnen das deutlich zu machen: Es ist meines Erachtens ein Unterschied in der DDR gewesen, ob man als Maurer oder als Student an der Universität aus der FDJ ausgetreten ist. Der Ort ist meines Erachtens entscheidend.

Zweitens: Wenn Frau Bartl auf die Basisgruppen kommt, fühle ich mich damit auch angesprochen, weil das für uns, also für meinen Freundeskreis und für unsere Gesamtzusammenhänge, durchaus eine Frage war, mit der wir uns auseinandersetzten. Wir haben diese Szene in Berlin beobachtet und uns zu informieren versucht. Wir sind auch zu Veranstaltungen außerhalb Berlins gegangen. Aber entscheidend dafür, daß wir uns nicht eingeklinkt haben, waren zwei Dinge. Das eine waren unangenehme Erfahrungen mit den, wie wir es damals empfanden, „Herren und Damen aus der Opposition“, von denen uns elitäre und andere Verhaltensweisen entgegenschlugen. Ich will das nicht verallgemeinern, sondern einfach nur sagen, daß ich das erlebt habe. Wir sagten uns: „Bei den einen lehnen wir das ab, warum sollen wir es nun bei den anderen gutheißen, nur weil die im Untergrund kämpfen?“

Der andere Punkt, der damit zu tun hat, war: Wir wollten uns irgendwie selbst verwirklichen. Das hieß natürlich auch, wir wollten etwas Eigenes machen; wir wollten uns nicht wieder in Strukturen begeben, die schon „zementiert“ vorhanden waren. Das war uns schon ganz wichtig. (Beifall)

Georg Meusel: Zu den Grenzen der Verweigerung, inwieweit es nur graduelle Unterschiede waren: Es waren für mich im wesentlichen graduelle Unterschiede, und die waren abhängig von meinen inneren Grenzen, also wo ich mir sagen mußte: „Das kannst du nicht mehr mitmachen.“ Und bei dem anderen: „Das kannst du mitmachen oder machst du sogar gern und bewußt mit.“ Denn ich wollte mich nicht gern in die staatsfeindliche Ecke drängen lassen. Ich habe auch versucht, mich positiv einzubringen, also nicht in der totalen Negation zu verharren, sondern nach Positionen zu suchen, z. B. konstruktive Vorschläge zu machen. Für meine Aktivitäten waren wiederum die äußeren Grenzen, an die ich dann gestoßen bin, wo es zu riskant wurde.

Eva-Maria Bartl: Ich kann nicht eindeutig beantworten, ob das graduelle Unterschiede allein sind. Was ich erlebt habe und viele um mich herum auch, war, daß der Einfluß der SED-Diktatur in fast alle Lebensbereiche reichte. Wenn man jetzt das Wort „Zivilcourage“ und das Neinsagen zu bestimmten

Dingen, die von außen kamen, die man nicht selbst mitentschieden hat, nennt, so muß eine solche Möglichkeit und Fähigkeit nicht mit dem Vorhandensein eines Geheimdienstes zusammenhängen. Die Möglichkeit und Fähigkeit, zu Dingen nein zu sagen, die man nicht möchte, muß es doch überhaupt im menschlichen Leben geben.

Michael Beleites: Man hatte sich im DDR-System, egal, ob Stasi oder FDGB, wohl immer zu entscheiden zwischen einem äußeren Konflikt und einem inneren Konflikt. Wenn man mitmacht, hat man äußerlich Ruhe, aber man kommt innerlich in einen Konflikt, wenn man etwas tut, was man eigentlich überhaupt nicht will und was man für absurd hält. Wenn man nicht mitmacht, kann man reinen Gewissens leben, aber kommt äußerlich in unwahrscheinliche Konflikte mit kaum absehbaren Folgewirkungen, zum Teil auch für Familienangehörige. Deswegen war die Frage der Verweigerung immer eine Entscheidung für einen inneren oder für einen äußeren Konflikt. Diejenigen, die sich für das letztere entschieden, waren dann die Oppositionellen. Die Verweigerung setzte meist dort ein, wo man sich unmittelbar in seiner Würde verletzt fühlen mußte, wenn man Erwartungen, die an einen herangetragen wurden, entsprochen hätte. Deswegen meine ich, daß das Gefühl für die Würde mit eine große Rolle gespielt hat.

Bernd Steinert: Ich möchte nicht zur Verweigerung, sondern zu dem Problem, das mich speziell beschäftigt hat, etwas sagen, zur Personalunion: Die Leute der SED waren oft gleichzeitig im MfS oder im FDGB oder waren Wirtschaftsfunktionäre. Alles war so miteinander verquickt, daß man das gar nicht auseinanderdividieren kann. Der Anspruch kam manchmal nur von einer Seite, aber der ganze Apparat stand oft dahinter.

Noch etwas zu meiner Geschichte, zur Exmatrikulation hier in Jena 1961: Ich habe natürlich, obwohl ich nicht aktiv in der Studentengemeinde war, auch den Studentenpfarrer Klaus Peter Hertzsch angesprochen. Er hatte offenbar überhaupt kein Ohr für meine Thematik. Er ist inzwischen Professor geworden und ist sehr viel schriftstellerisch tätig. Aber er hatte für diese Problematik überhaupt kein Ohr. Später habe ich in der Kirche erfahren – ich bin mit einer Illusion aus dem staatlichen in den kirchlichen Bereich gegangen, wurde Diakon und habe im diakonischen Bereich viel gearbeitet –, daß demokratische Spielregeln bei weitem nicht in der Kirche praktiziert wurden, obwohl dort möglich gewesen wäre, daß man Demokratie auch an der Basis praktiziert. Gerade dort ist es größtenteils nicht gelaufen.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Es ist schade, daß wir an dieser Stelle aus der Diskussion aussteigen müssen. (Beifall)

Ich möchte mich ganz herzlich bei allen bedanken, die sich hier als Zeitzeugen zur Verfügung gestellt und Ihr offenes Ohr gefunden haben. Ich möchte mich bei Ihnen, bei den Jenaern, bei den Gästen, die unserer Anhörung beigewohnt

haben, ganz herzlich dafür bedanken, daß Sie mit uns gemeinsam hier zugehört haben. (Beifall)

Ich übergebe das Wort an Herrn Eppelmann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte, weil ich draußen ein bißchen enttäuscht angesprochen worden bin, noch einmal in eigener Sache etwas sagen. Ich kann mir vorstellen, daß jemand, der nicht genau weiß, womit wir uns in den letzten Monaten beschäftigt haben, sich darüber wundert, daß der 17. Juni 1953 kaum hier vorkommt. Das ist Thema eines ganzen Tages gewesen. Also wundern Sie sich nicht, daß der 17. Juni hier heute keine zentrale Rolle gespielt hat. Dieses Thema haben wir schon vor Monaten bearbeitet.

Den zweiten Vorwurf, daß die Jenaer hier nicht so richtig zur Geltung gekommen sind, habe ich nicht verstanden und muß sagen, eigentlich ist der ganze gestrige Abend nur von Jena geprägt gewesen, von denen, die hier in Jena Widerstand versucht haben. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Wir haben bisher keine einzige deutsche Stadt so ausgezeichnet, wie wir das mit Jena getan haben. (Beifall)

(Unterbrechung von 12.40 bis 13.30 Uhr)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir fahren mit der Sitzung fort.

Wie angezeigt, hören wir jetzt zunächst Martin Gutzeit zum Thema „Widerstand und Opposition in den achtziger Jahren. Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur“, und danach gibt es unter Moderation von Professor Wilke ein Gespräch mit Zeitzeugen zu diesem Thema. Zunächst aber hören wir Martin Gutzeit, den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin.

Martin Gutzeit: Ich möchte meinen Ausführungen einige Vorbemerkungen vorausschicken, die sich auf die Bedeutung der Opposition für diesen ganzen Umbruch beziehen, und zwar zu einer Diskussion, die wir in der Enquete-Kommission geführt haben.

Für den Zusammenbruch des SED-Regimes, wie jenes Ende einer mehr als 40-jährigen Herrschaft auch genannt wird, finden sich heute viele Väter und Mütter. Ich erinnere unter anderem an die Aussagen vieler Zeitzeugen, insbesondere aus der alten Bundesrepublik, die wir vor der Kommission hörten. Dieser Zusammenbruch und die folgende deutsche Einheit erscheinen als das Resultat einer konsequent auf die Wiedervereinigung zustrebenden Politik seit Beginn der Bundesrepublik. Dennoch stellen sich Fragen, deren Beantwortung so leicht nicht fällt:

Weshalb war denn die politische und intellektuelle Elite des Westens so überrascht von dem, was dann im Verlauf des Jahres 1989 in der DDR geschah? Weshalb verlor diese DDR entgegen der Einschätzung der meisten Beobachter im Westen so schnell die Stabilität, die sie so lange vorzugaukeln